

Taiwan Newsletter

Politik

Präsidentin Tsai gedenkt der Opfer der Unruhen von 1947



Bei einer Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestag des Aufstandes vom 28. Februar 1947 („228“) im Geschichtsmuseum Kaohsiung versprach Präsidentin Tsai Ing-wen die Werte Demokratie und Freiheit stets aufrechtzuerhalten, und bezog sich damit auf das Bekenntnis der Regierung zu Wahrheit und Versöhnung bei den Bemühungen um Übergangsgerechtigkeit.

Das demokratische Taiwan habe seit der Zeit der autoritären Herrschaft einen langen Weg zurückgelegt, betonte sie. Die Bemühungen, sich der Vergangenheit zu stellen, trügen allmählich Früchte. Ein Beispiel dafür sei die Online-Datenbank, welche 2020 von der Kommission für Übergangsgerechtigkeit (TJC) eingerichtet worden war und in der die Opfer staatlicher Verfolgung aufgelistet sind.

Die Präsidentin sprach den Opfern der Vorfälle und ihren hinterbliebenen Familienangehörigen im Namen der Regierung ihre Anteilnahme aus.

Demonstranten hatten am 28. Februar 1947 Reformen verlangt und im ganzen Land hatten sich Menschen zu Protesten versammelt, woraufhin die Regierung militärische Verstärkung vom Festland anforderte, um die Unruhen niederzuschlagen. Dabei kamen zahlreiche Personen ums Leben.

Tsai Ing-wen unterstrich, dass der Schlüssel für die sogenannte Übergangsgerechtigkeit darin liege, das Bewusstsein für Menschenrechte zu stärken. Das Engagement der Regierung in diesem Bereich zeige sich unter anderem in der Einrichtung einer Nationalen Menschenrechtskommission im letzten Jahr gemäß den Pariser Prinzipien, die am 20. Dezember 1993 von der UN-Vollversammlung angenommen worden waren.

Die Bemühungen um Übergangsgerechtigkeit und der Schutz der Menschenrechte gehörten zu den wesentlichen Elementen des damaligen Wahlkampfprogramms der Präsidentin.

Seit Beginn ihrer ersten Amtszeit 2016 wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, um das Unrecht der Vergangenheit wiedergutzumachen. Dazu gehörte, die gegen die Opfer erhobenen Vorwürfe aufzuheben, Entschädigungen anzubieten und Gesetzentwürfe zu verabschieden.

Pro-Taiwan-Gruppe im Europaparlament startet Twitter-Account



Der Formosa Club im Europäischen Parlament (EP) erstellte am 1. März einen Twitter-Account, um Taiwan auf der Basis gemeinsamer Werte zu unterstützen und zu helfen, sich mit der Welt besser verbinden zu können.

Der Formosa Club wurde 2019 von Pro-Taiwan-Gruppen im EP und den Parlamenten von 13 europäischen Ländern gegründet.

Mehrere Mitglieder der Gruppe sprachen sich in aufgezeichneten Videobotschaften, die auf dem neuen Twitter-Account gepostet wurden, dafür aus, Taiwan zu unterstützen.

Michael Gahler, Vorsitzender der Freundschaftsgruppe Europäisches Parlament-Taiwan, erklärte, der Twitter-Account werde den Mitgliedern des Formosa Clubs als Plattform zum Informationsaustausch dienen. Klaus-Peter Willsch, Vorsitzender der Deutsch-Taiwanischen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe, lobte Taiwan als ein Leuchtturm der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. "Darauf können die Menschen in Taiwan zu Recht stolz sein", sagte er und versprach, dass er und alle Freunde Taiwans alles in ihrer Macht stehende tun würden, um Taiwan zu helfen.

In einem vorab aufgezeichneten Video betonte Taiwans Außenminister Joseph Wu, dass der Formosa Club seit seiner Gründung im Oktober 2019 bei zahlreichen internationalen Anlässen für Taiwan ein starker Unterstützer gewesen sei.

Dem Formosa-Club gehören inzwischen über 100 EP-Parlamentarier sowie der nationalen Parlamente von Belgien, Tschechien, Estland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Litauen, Portugal, Polen, der Slowakei, Schweden und dem Vereinigten Königreich an.

US-Kongressabgeordnete fordern Ende der „Ein-China-Politik“ und Wiederaufnahme der Beziehungen zu Taiwan

Die zwei US-Kongressabgeordneten, Tom Tiffany und Scott Perry, haben am 1. März einen Gesetzentwurf eingebracht, der die USA auffordert, die "Ein-China"-Politik zu

beenden und die formellen Beziehungen zu Taiwan wiederaufzunehmen sowie Gespräche über ein Freihandelsabkommen zwischen Taiwan und den USA zu beginnen.

Tiffany sagte, amerikanische Präsidenten beider politischer Parteien hätten seit mehr als 40 Jahren die Lüge Pekings wiederholt, dass Taiwan Teil des kommunistischen China sei - trotz der objektiven Realität, dass dem nicht so sei. Es ist an der Zeit, mit dieser überholten Politik Schluss zu machen, so Tiffany.

Der Gesetzentwurf stellt fest, dass Taiwan und seine vorgelagerten Inseln nicht unter Pekings Herrschaft stehen und Peking weiterhin illegal seine Souveränität über Taiwan behauptet. Peking habe die "Ein-China"-Politik zur Waffe gemacht und hindere Taiwan daran, an der UNO und der WHO teilzunehmen.

Außerdem erklärte Tiffany, dass die veraltete "Ein-China"-Politik sowohl dem taiwanischen als auch dem amerikanischen Volk nicht nütze. Sie reflektiere auch nicht die Tatsache, dass Taiwan seit mehr als 70 Jahren ein souveränes, unabhängiges Land sei.

Der Gesetzentwurf fordert den US-Präsidenten auf, die Legitimität der demokratisch gewählten Regierung Taiwans anzuerkennen und den Austausch von Botschaftern zwischen beiden Ländern zuzulassen. Ferner solle der US-Präsident die Richtlinien aufheben, welche die Kommunikation zwischen Taiwan und US-Beamten einschränke.

Unterdessen bedankte sich Taiwans Außenministeriums-Sprecherin Joanne Ou am 2. März bei den US-Kongressabgeordneten für ihr Engagement.

Wirtschaft

Präsidentin Tsai sagt Taiwans Ananas-Bauern Unterstützung zu



Präsidentin Tsai versprach Taiwans Ananasbauern zu unterstützen, nachdem China überraschend ein Importverbot für einheimische Früchte verhängt hatte.

Das Importverbot sei ein Verstoß gegen internationale Handelsregeln, kritisierte sie. Die Regierung sagte Unterstützung in Höhe von 29,8 Mio Euro zu, um den Verkauf von Ananas auf in- und ausländischen Märkten anzuregen und die Preise zu stabilisieren.